

FDP-Fraktion Rottenburg
Tobias Baur
Schwärzlocher Weg 2
72108 Rottenburg
Tobias.Baur@yahoo.de

Fraktion Frei Bürger
Dr. Klaus Weyer-Storz
Neckarhalde 54-56
72108 Rottenburg
constantin_storz@hotmail.com

Rottenburg, den 13.12.2006

**Antrag 1 von den Fraktionen FDP und Freie Bürger zum Verwaltungshaushalt 2007
Einzelplan 0: Allgemeine Verwaltung, Seite 88, UA 0000**

Die Fraktionen FDP / Freie Bürger beantragen, die freiwillige Dienstaufwandsentschädigung für die Stelle des zweiten Beigeordneten zu streichen und den Haushaltsansatz der Personalausgaben für Gemeindeorgane um diesen Betrag zu reduzieren.

Begründung:

§ 10 der Landeskommunalbesoldungsverordnung gewährt Bürgermeistern und Beigeordneten unter bestimmten Voraussetzungen eine zusätzliche Dienstaufwandsentschädigung.

Nach § 11 LKomBesVO ist diese Aufwandsentschädigung bei Bürgermeistern und ersten Beigeordneten obligatorisch, für weitere Beigeordnete jedoch nur freiwillig (Kann-Vorschrift). Im Falle von Rottenburgs zweiter Beigeordnetenstelle ist daher eine Entscheidung über die Fortführung der Entschädigungszahlung zu treffen.

Die Dienstaufwandsentschädigung wird gewährt, „als Entschädigung für den durch das Amt allgemein verursachten persönlichen Aufwand, dessen Bestreitung aus den Dienstbezügen dem Beamten nicht zugemutet werden kann“.

In der Entscheidungsfindung über die Stelle des zweiten Beigeordneten wurde zuletzt deutlich, dass sich die ursprünglich zugedachten Aufgaben und Tätigkeiten des zweiten Beigeordneten verändert haben: Es wurden die Tiefbauproblematik gelöst, die Dorfentwicklung weit vorangetrieben und viele Aufgaben an Eigenbetriebe übertragen. Das Tätigkeitsvolumen des Aufgabengebietes, seine Komplexität aber auch der Aufwand für die Bewältigung des Aufgabenbereiches haben sich dadurch erkennbar reduziert.

Ein persönlicher Aufwand des zweiten Beigeordneten, der aus den Dienstbezügen nicht bezahlt werden kann ist daher nicht mehr gegeben. Die Zahlung der zusätzlichen freiwilligen Entschädigung, die über die Besoldung hinausgeht, erscheint folglich nicht angemessen.

Die Maßnahme ermöglicht Einsparungen auch an der Verwaltungsspitze.

**Antrag 2 von den Fraktionen FDP und Freie Bürger zum Verwaltungshaushalt 2007
*Einzelplan 3: Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege Seiten 140ff , UA 3000ff***

Die Fraktionen FDP / Freie Bürger beantragen für kulturelle Veranstaltungen bzw. Tätigkeiten ein Budget i.H.v. 80.000 € in den Haushalt einzustellen und stattdessen folgende einzelne Haushaltsansätze zu streichen:

- die Zuschüsse für Kulturvereine Zehntscheuer und Oberndorf,
- Zuschüsse zu kulturellen Veranstaltungen (UA 3000; 7180.000),
- Sachausgaben eigener Veranstaltungen (UA3210; 5860.000)
- Zuschuss Kultursommer

Über die Verteilung des zur Verfügung stehenden Budgets hat der Gemeinderat bzw. ein hierzu bevollmächtigter Ausschuss jährlich neu zu beraten und zu befinden.

Begründung:

Kulturschaffende leisten einen Beitrag für die Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt.

Deren Unterstützung durch die öffentliche Hand erfolgte bislang weitgehend statisch, durch einzelne, scheinbar unabänderbare Zuwendungen für wenige ausgesuchte Kulturschaffende.

Aufgrund dieser Handhabung und aufgrund der angespannten Haushaltslage gestaltet es sich für den Gemeinderat schwierig, neue Projekte zu unterstützen. Insbesondere deshalb, weil hierdurch gezielt bei anderen Leistungsempfängern gespart werden müsste.

Dieser Situation könnte ein Budget für kulturelle Veranstaltungen und Tätigkeiten Abhilfe schaffen.

Durch ein Gesamtbudget besteht die Möglichkeit die Ausgaben für Kulturelle Veranstaltungen einer regelmäßigen qualitativen Kontrolle des Gemeinderates zu unterziehen, der dann positiv über die Vergabe der Mittel im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten zu entscheiden hat.

Dies gewährleistet Flexibilität bei neuen Aktivitäten Rottenburger Kulturschaffender und sichert insbesondere eine höhere Qualität des bestehenden Angebotes.

Neue Initiatoren und unterstützenswerte Veranstaltungen kultureller Art können dadurch gehört und berücksichtigt werden, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten.

Durch die Neuregelung werden die heutigen Leistungsempfänger nicht benachteiligt, sondern der stetigen Qualitätskontrolle der gewählten Stadtvertreter und damit eines ihrer unterstützenden Geldgebers unterzogen.

**Antrag 3 von FDP-Fraktion und Fraktion Freie Bürger zum Verwaltungshaushalt 2007
*Einzelplan 9: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 200, UA 9000***

Die Fraktionen FDP / Freie Bürger beantragen, dass die Grundsteuer B auf den Hebesatz von 340 % zurückgeführt wird.

Begründung

Der Hebesatz wurde bereits für das Haushaltsjahr 2005 auf 370 % erhöht.

Diese Erhöhung der Grundsteuer wurde von der Stadtverwaltung mit dem dringenden Bedarf an Ersatzdeckungsmitteln begründet. Die Verwaltung machte damals glaubhaft, dieser Bedarf werde durch die Erhöhung der Kreisumlage entstehen.

Für das Jahr 2005 wurde die Kreisumlage erhöht, allerdings nicht um den in der Haushaltsvorlage zunächst genannten Prozentsatz. Gleichzeitig wurde für die Folgejahre ein weiterer Anstieg prognostiziert. Das Gegenteil war der Fall: Während der Kreisumlagesatz 2006 stagnierte, wird er im kommenden Jahr sogar um einen Prozentpunkt reduziert.

Ähnlich gegenläufig zu den damaligen Prognosen entwickelten sich die Konjunktur und damit die übrigen Steuereinnahmen. Bereits im Jahr 2005 konnten Mehreinnahmen in Millionenhöhe generiert werden. Im Jahr 2006 ist mit einer Verbesserung des Verwaltungshaushaltes in Höhe von deutlich über 5 Mio. € zu rechnen. Die Rücklagen steigen auf voraussichtlich 5,336 Mio. €. Auch das kommende Jahr verspricht wiederum eine Verbesserung der Einnahmenseite.

Die Gründe für die Erhöhung der Grundsteuer im Jahr 2005 sind damit weggefallen. Aufgrund der veränderten Sachlage muss die Grundsteuer zur Entlastung der Steuerzahler auf das Niveau von 2004 zurückgeführt werden.

Der Konsolidierungsprozess der Stadtfinanzen darf nicht in Form von erhöhten Steuereinnahmen zu Lasten der Bürger stattfinden, sondern ist vorwiegend durch Einsparungen und verantwortungsvolle Ausgabenpolitik umzusetzen.

Für die Fraktionen:

Tobias Baur
und
Dr. Klaus Weyer-Storz